

Fragwürdige Finanzierung der DOC-Marketingkampagne

Es geht also doch immer noch instinktloser, als man es vermutet hatte. So macht die verschuldete Stadt Remscheid in den vergangenen Monaten Klimmzüge, um den verschuldeten Stadthaushalt zu konsolidieren und verlangt dabei allen Bürgern drastische Opfer ab.

Hier zu nennen ist z.B. die Erhöhung der Grundsteuer B, die nicht nur Eigentümer sondern auch Mieter finanziell belastet. Noch vor einigen Tagen war in der Presse zu lesen, dass 256 Kita-Plätze in Remscheid fehlen, da die erforderlichen Kosten in Höhe von 6 Mio. €uro jährlich nicht zur Verfügung stünden. Die Personaldecke der städt. Verwaltung pfeift aufgrund von Sparmaßnahmen aus dem letzten Loch. So ist aus eigener Erfahrung scheinbar noch nicht einmal genug Geld vorhanden, um den Spielplätzen in Remscheid regelmäßig einen Rasenschnitt zukommen zu lassen. Die Terminnot im Ämterhaus ist ein weiteres Beispiel für „Sparen, koste es, was es wolle!“

Nun in der Zeitung zu lesen, dass ein privates Geschäftsprojekt des DOC-Investors Arthur McGlen und die damit im Zusammenhang stehende Informationskampagne (Werbefilm u. Informationsbroschüre) durch die Stadt Remscheid mit öffentlichen Mitteln, die ja angeblich nicht vorhanden sind, finanziert werden soll, macht sprachlos und wütend zugleich.

An die Adresse von Ratsfrau Fr. Kreimendahl (CDU) gerichtet: Die von Ihnen als „Bedenkenträger“ im Rat der Stadt abqualifizierten Ratsmitglieder, die sich gegen ein solches Finanzierungs-Vorhaben stellen, haben wahrscheinlich etwas mehr juristisches Feingespür oder auch nur mehr Instinkt hinsichtlich der politischen Außenwirkung einer solchen „Subventionierung“.

Denn es stellt sich zum einen die Frage, ob hier nicht fahrlässig einer Veruntreuung von öffentlichen Geldern zugunsten eines privaten Investors Vorschub geleistet wird. Zu anderen gilt hier auch die Neutralitätsverpflichtung der Stadt auch im Sinne des Wettbewerbsrechtes. Oder wird ggfs. die nächste Werbekampagne des „Allee-Centers“ in Remscheid auch durch städt. Mittel gefördert? Dies wäre ja dann ein berechtigter Anspruch!

Herr OB Mast-Weisz täte deshalb gut daran, dieses Finanzierungsvorhaben vorab von seiner Rechtsabteilung prüfen lassen.

Mein Plädoyer lautet deshalb: „KiTa-Plätze finanzieren statt DOC-Werbekampagnen!“